Antrag öffentlich	Datum 19.09.2007	Nummer A0158/07
Absender DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	04.10.2007	
Kurztitel Anpassung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Die Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg unter Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen im geförderten Bereich sowie der beschlossenen Haushaltskonsolidierung anzupassen. Grundlage dafür bildet eine durchzuführende gemeinsame Klausur des Ausschusses für RWB sowie der Verwaltungsratsmitglieder der GIES und AQB zur Qualifizierung der Leitlinien.
2. Sich in Verhandlungen mit der ARGE GmbH dafür einzusetzen, dass die bestehenden Rahmenvereinbarungen zwischen den Gesellschaften und der ARGE GmbH personell (Beschäftigtenzahl-Jugendliche unter 25 Jahre) erweitert werden.
3. Die Gesellschaftsverträge der kommunalen Arbeits-, Beschäftigungs- und Sanierungsgesellschaften den arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Veränderungen anzupassen.
4. Die finanziellen Grundlagen kommunaler Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung entsprechend der geänderten Leitlinien zu budgetieren und auf Grund des Wegfalls des Fachkräfteprogramms des Landes zu erweitern.

Begründung:

Auf Grund der Veränderungen im geförderten Bereich - ESF, Reduzierung der ABM auf jeweils 70 geförderte Personen - betreuen die AB-Gesellschaften derzeit jeweils rd. 1.100 Personen in MAE. Damit kann einerseits der geforderte durchschnittliche Betreuungsaufwand von 650 betreute Personen/Jahr, der bisher die Grundlage für das Fachkräfteprogramm des Landes (6 Fachkräfte/Gesellschaft zusätzlich zu den Stammkräften) war, nicht erreicht werden, gleichzeitig

erfordert der erhöhte Zuwachs an AGH-MAE proportional einen größeren Aufwand zur Betreuung und Anleitung. Derzeit sind die AGH-MAE sehr kleinteilig. Eine Refinanzierung des Wegfalls der Fachkräfte über die 300 €Pauschale der ARGE ist nicht möglich. Von dieser Pauschale sind der Mehraufwand, die Sachkosten und die Over-Head-Kosten abzuziehen. Es verbleibt in der Regel ein Anteil pro geförderter Person von 10-20 € In wie fern es gelingt, über einen Finanzierungsvertrag mit der ARGE GmbH gemäß § 12 „Kostenerstattung“ eine höhere Kostenerstattung des kommunalen Finanzierungsanteils zu den Verwaltungskosten zu erzielen, bleibt abzuwarten.

In der Landeshauptstadt sind derzeit Neueintritte in Bedarfsgemeinschaften von 500 bis 600 Personen/Monat zu konstatieren. Damit ist der durch den Bund und die Bundesagentur geforderte Reduzierung der Arbeitslosen um 2 % nicht wirksam zu begegnen. Dies wiederum hat nennenswerten Einfluss auf die Ausgaben der Landeshauptstadt im Bezug auf die KdU-Leistungen.

Die AB-Gesellschaften haben als Gesellschaftsziel besonders die Entlastung des zweiten Arbeitsmarktes. Tatsächlich werden ihnen jedoch Aufgaben zur Überführungen in den ersten Arbeitsmarkt abverlangt. Zurzeit werden durch die Gesellschaften rd. 10 bis 12 % der Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt überführt. Damit ist aus der Sicht der Gesellschaften das maximale Ergebnis erzielt. Sollte diese Aufgabe – Integration in den ersten Arbeitsmarkt – in den Leitlinien festgeschrieben werden, dann ist zwingend eine Änderung des Gesellschaftszwecks herbei zu führen. Unberücksichtigt bleibt dabei, in wie weit beide Gesellschaften diese Aufgabe überhaupt und unter welchen Bedingungen erfüllen könnten.

Beide Gesellschaften arbeiten auf der Grundlage ihres Gesellschaftsvertrages eigenständig am „Markt“ und haben sich als zuverlässige und kreative Partner bewährt. Um die Eigenständigkeit der Gesellschaften auch zukünftig zu erhalten, ist eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen dem Referat Arbeitsmarktpolitik und den Gesellschaften herbeizuführen. Die budgetierten Mittel sind den Gesellschaften entspr. der Antragslage ab dem 1.01. eines jeden Jahres zur Verfügung zu stellen.

Die Erfahrungen mit den abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen für Jugendliche unter 25 Jahre haben gezeigt, dass durch dieses Instrument ein flexibleres Agieren durch beide Partner möglich ist. Die geringe Ausfallquote durch Krankheit bzw. Bummeln bestätigt zusätzlich diese Variante.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender